

Vor 2014 keine Mitwirkung

Sachliche Informationen rund um Entsorgung radioaktiver Abfälle

Dominik Senn

Informationen aus erster Hand zum Thema geologisches Tiefenlager am Bözberg gab es am Dienstag in Bözen. Vor 2014 ist kein Mitwirkungsverfahren für die Bevölkerung vorgesehen.

BÖZEN. Den wahrscheinlichen Grund für die eher magere Beteiligung von rund 40 Personen im Gemeindesaal in Bözen lieferte der Präsident des jüngst gegründeten Vereins «Attraktiver Standort Bözberg-West», Heinz Oftinger, gleich selber: «Es geht heute nicht um das grundsätzliche Thema Kernkraft Ja oder Nein, sondern um sachliche, detaillierte und umfassende Information aus erster Hand über geologische Tiefenlager und das Auswahlprozedere für geeignete Standortgebiete.» Wer also eine Grundsatzdiskussion über Kernkraft oder Neuigkeiten zum Tiefenlager am Bözberg erwartet hatte, wurde enttäuscht. Hingegen war die Auswahl der Referenten hochkarätig. Der erste Referent war Werner Bühlmann, stellvertretender



Heinz Rütter, Markus Fritschi und Werner Bühlmann informieren in Bözen auf sachliche Weise.

Foto: Dominik Senn

Direktor des Bundesamtes für Energie (BFE), der das Auswahlverfahren in drei Etappen für ein Tiefenlager mittels Sachplan vorstellte: Auswahl von geologischen Standortgebieten bis etwa Ende 2011, Auswahl von zwei Standorten bis etwa Mitte 2014 und Standortwahl mit Rahmenbewilligungsverfahren nach Kernenergiegesetz (KEG) bis etwa 2017 oder 2019. Ein Mitwirkungsverfahren der Bevölkerung ist erst ab Etappe 2 (ab 2011) vorgesehen. Weiter referierten

Markus Fritschi von der Geschäftsleitung der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) über die Standortauswahlkriterien und Heinz Rütter von Rütter und Partner über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vor- und Nachteile einer solchen Endlagerstätte. Meinert Rahn von der Sektion Geologie des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (ENSI) gab über die Sicherheitsvorkehrungen bei der End-

lagerung Auskunft. Die Publikumsfragen betrafen vor allem Entschädigungen der Standortgemeinden, als Abgeltung der Leistungen für die Allgemeinheit, das Fehlen von Gegenexperten, Befürchtungen, Bauland- und Liegenschaftspreise könnten sinken, sowie Sicherheitsaspekte. Eine aufkeimende Grundsatzdiskussion unterbrach Oftinger mit der Einladung zum Apéro, bei welchem Fragen direkt an die Referenten gerichtet werden konnten.